

Satzung

§ 1 Name und Sitz

- (1) Der Haus-, Wohnungs- und Grundeigentümergebiet Dingolfing und Umgebung e. V. eingetragen im Vereinsregister, im folgenden kurz „Verein“ genannt, ist die Vertretung des Haus-, Wohnungs- und Grundeigentümergebiet in Dingolfing und Umgebung.
- (2) Sitz und Erfüllungsort des Vereins ist Dingolfing.
- (3) Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

§ 2 Aufgaben

- (1) Der Verein bezweckt unter Ausschluss von Erwerbszwecken die Wahrung der gemeinschaftlichen Interessen des Haus-, Wohnungs- und Grundeigentums in Bund, Land und Gemeinde, insbesondere die Förderung der privaten Wohnungswirtschaft. Er hat auch die Aufgabe, seine Mitglieder über alle das Haus-, Wohnungs- und Grundeigentum betreffenden Vorgänge in Gesetzgebung, Rechtsprechung und Verwaltung zu unterrichten und sie bei der Wahrnehmung ihrer Belange zu unterstützen.
- (2) Dem Verein obliegt es insbesondere den Zusammenschluss der Haus-, Wohnungs- und Grundeigentümer in seinem Bereich zu bewirken und Einrichtungen zu erhalten, die der Beratung und Information der Mitglieder sowie ihrer Interessenvertretung dienen.
- (3) Zum Zwecke der Erfüllung der vorgenannten Aufgaben ist der Verein Mitglied des Landesverbandes, der Mitglied des Zentralverbandes der Deutschen Haus-, Wohnungs- und Grundeigentümer ist.

§ 3 Mitgliedschaft

- (1) Ordentliche Mitglieder des Vereins können natürliche und juristische Personen werden, die über Haus-, Wohnungs- und Grundeigentum oder über ein ähnliches Recht, z. B. Erbbaurecht, verfügen oder eines der vorgenannten Rechte anstreben. Für Verwalter von Haus-, Wohnungs- und Grundeigentum gilt Satz 1 entsprechend.
- (2) Die Aufnahme von Mitgliedern erfolgt aufgrund eines formlosen Antrages. Über die Aufnahme entscheidet der Vereinsvorstand.

(3) Mitglieder, die sich in hervorragender Weise um das Haus- und Wohnungs- und Grundeigentum verdient gemacht haben, können auf Vorschlag des Vereinsvorstandes von der Mitgliederversammlung zu Ehrenmitglieder ernannt werden. Ehrenmitglieder können von der Zahlung des Mitgliedsbeitrages befreit werden.

(4) Die Mitgliedschaft endet:

- a) durch Austritt. Der Austritt ist nur zum Schluss eines Kalenderjahres zulässig. Er ist spätestens drei Monate vor Jahresschluss schriftlich anzuzeigen
- b) durch Tod
- c) durch Ausschluss. Der Ausschluss erfolgt auf Beschluss des Vereinsvorstandes
 - aa) bei Schädigung des Ansehens oder der Belange des Vereins und des Haus-, Wohnungs- und Grundeigentums
 - bb) bei Nichterfüllung der dem Mitglied nach der Satzung obliegenden Pflichten
 - cc) bei Vorliegen sonstiger wichtiger Gründe.

Ausschluss und Gründe sind dem Mitglied durch Einschreibebrief mitzuteilen. Gegen den Ausschluss kann innerhalb von vier Wochen Beschwerde, die schriftlich zu begründen ist, erhoben werden. Die Frist beginnt mit der Zustellung der Entscheidung. Über die Beschwerde entscheidet der Vereinsvorsitzende. Er soll vor seinem Beschluss den Auszuschließenden und einen Vertreter des Vereinsvorstandes hören.

§ 4

Rechte und Pflichten der Mitglieder

(1) Die Mitglieder haben das Recht, an den Versammlungen des Vereins teilzunehmen und die Rechte auszuüben, die ihnen in der Mitgliederversammlung, bei der Wahl der Vereinsorgane und bei der Verwaltung des Vereinsvermögens zustehen (§ 9 der Satzung). Die Mitglieder können die Einrichtung des Vereins und dessen Rat und Unterstützung in Anspruch nehmen.

Für die Anfertigung von Schriftsätzen sowie für weitere zusätzliche Leistungen hat das Mitglied eine Gebühr gemäß dem Kostenverzeichnis zu entrichten.

(2) Der Verein haftet nur für Vorsatz und grobe Fahrlässigkeit seiner gesetzlichen Vertreter und Personen, derer er sich zur Erfüllung seiner Aufgaben und Obliegenheiten gegenüber den Mitgliedern bedient.

§ 5

Beiträge

(1) Zur Durchführung seiner Aufgaben erhebt der Verein von den Mitgliedern Beiträge, deren Höhe die Mitgliederversammlung beschließt. Im Beitragssatz ist die Bezugsgebühr für die Haus-, Wohnungs- und Grundeigentümerzeitung enthalten.

(2) Die laufenden Beträge sind jährlich im Voraus zu zahlen.

§ 6 Organe

Die Organe des Vereins sind:

- (1) Die Mitgliederversammlung
- (2) Der Vereinsvorstand

§ 7 Vereinsvorstand

- (1) Der Vereinsvorstand besteht aus dem Vorsitzenden, seinem Stellvertreter, dem Geschäftsführer, dem Schatzmeister, dem Schriftführer und weiteren Beisitzern. Der Vorsitzende oder sein Stellvertreter kann gleichzeitig auch Geschäftsführer sein. Der Vereinsvorstand wird von der Mitgliederversammlung gewählt.
- (2) Die Amtszeit der Vorstandsmitglieder beträgt vier Jahre. Sie endet jedoch erst mit der Neu- oder Wiederwahl.
- (3) Bei Ausscheiden eines Vorstandsmitgliedes während der Amtszeit nimmt der Vereinsvorstand bis zur nächsten Mitgliederversammlung eine Erstwahl vor. Scheidet zwischen zwei ordentlichen Mitgliederversammlungen die Hälfte der Vorstandsmitglieder aus, so ist in der innerhalb eines Monats einzuberufenden außerordentlichen Mitgliederversammlung eine Ersatzwahl vorzunehmen.
- (4) Dem Vereinsvorstand obliegt die Leitung des Vereins und die Verwaltung des Vereinsvermögens gemäß den Beschlüssen der Mitgliederversammlung. Insbesondere hat er alle Maßnahmen zu treffen, die zur Erfüllung der Aufgaben des Vereins erforderlich sind.
- (5) Der Vereinsvorstand tritt nach Bedarf zusammen. Er ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte der Mitglieder anwesend ist. Seine Beschlüsse werden mit einfacher Stimmenmehrheit gefasst. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden. Der Vereinsvorstand wird vom Vorsitzenden, im Falle seiner Verhinderung von einem Stellvertreter, einberufen. Er ist einzuberufen, wenn mindestens ein Drittel der Vorstandsmitglieder dieses verlangt.
- (6) Der Vorsitzende und sein Stellvertreter ist für sich allein nach § 26 II BGB vertretungsberechtigt, im Innenverhältnis der Stellvertreter nur bei Verhinderung des Vorsitzenden. Er vertritt den Verein gerichtlich und außergerichtlich und hat die laufenden Geschäfte nach den Beschlüssen des Vorstandes zu führen. Bei Verhinderung, die nicht nachgewiesen zu werden braucht, vertritt ihn sein Stellvertreter.
- (7) Die Mitglieder des Vorstandes können für ihre Tätigkeit eine Vergütung erhalten, deren Höhe vom Vorstand festgelegt wird.

§ 8 Mitgliederversammlung

- (1) Die Mitgliederversammlung ist mindestens einmal im Jahr einzuberufen, Ort, Tag und Zeit setzt der Vorsitzende fest. Sie dient der Unterrichtung, Aussprache und Beschlussfassung über die Tätigkeit des Vereins zur Erfüllung der ihm gestellten Aufgaben. Ihr obliegen insbesondere
 - a) die Wahl des Vereinsvorstandes,
 - b) die Entgegennahme des Jahres-, Kassen- und Revisionsberichtes,
 - c) die Erteilung der Entlastung für den Vereinsvorstand,
 - d) die Genehmigung des Haushaltsplanes,
 - e) die Wahl des Rechnungsprüfers,
 - f) die Festsetzung der Höhe der Mitgliedsbeiträge,
 - g) die Ernennung von Ehrenmitgliedern und eines Ehrenvorsitzenden,
 - h) die Änderung der Satzung,
 - i) die Auflösung des Vereins.

- (2) Außerordentliche Mitgliederversammlungen sind einzuberufen, wenn
 - a. das Interesse des Vereins erfordert,
 - b. ein Zehntel der Mitglieder dieses schriftlich unter Angabe von Gründen im Vorstand verlangt,
 - c. der Haus-, Wohnungs- und Grundeigentümerverband, dessen Mitglied der Verein ist, die Einberufung einer Mitgliederversammlung unter Angabe von Gründen erfordert.

- (3) Über den Verlauf und die Beschlüsse der Mitgliederversammlung ist eine Niederschrift zu fertigen, die vom Vorsitzenden und vom Protokollführer zu unterschreiben ist.

- (4) Die Mitgliederversammlung muss schriftlich, mindestens zwei Wochen vor der Versammlung, einberufen werden. Der Vorsitzende leitet die Versammlung.

- (5) Die Mitgliederversammlung beschließt mit einfacher Stimmenmehrheit, abgesehen von den Vorschriften in den §§ 9, 10 und 12 dieser Satzung. Jedes Mitglied hat eine Stimme. Bei Stimmengleichheit gilt ein Antrag als abgelehnt.

- (6) Wahlen erfolgen durch offene Abstimmung, auf Antrag von einem Viertel der anwesenden Mitglieder durch Stimmzettel. Gewählt ist, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigt. Erhält niemand diese Mehrheit, so findet eine Stichwahl zwischen den beiden mit den höchsten Stimmzahlen bedachten Bewerbern statt. Ergibt die Stichwahl Stimmengleichheit, so entscheidet das Los.

- (7) In der Mitgliederversammlung kann sich jedes Mitglied vertreten lassen. Die Vertretungsbefugnis ist schriftlich nachzuweisen.

§ 9 Satzungsänderungen

- (1) Änderungen dieser Satzung bedürfen einer Drei-Viertel-Mehrheit der Mitgliederversammlung. Ein Beschluss über die Satzungsänderung ist nur möglich, wenn in der Einladung zur Mitgliederversammlung die Änderungsanträge bekannt gegeben sind.
- (2) Ist die Versammlung nicht beschlussfähig, so erfolgt innerhalb von sechs Monaten die Einberufung einer neuen Mitgliederversammlung, die ohne Rücksicht auf die Zahl der erschienenen Vertreter der Mitglieder mit Drei-Viertel-Mehrheit der abgegebenen Stimmen die Satzungsänderung beschließen kann.

§ 10 Kassenprüfung

Zur Prüfung der ordnungsgemäßen Kassen-, Rechnungs- und Buchführung sind alljährlich durch die Mitgliederversammlung zwei Rechnungsprüfer über ihre Vertreter zu wählen. Sie haben die Ausgaben und Belege auch dahin zu prüfen, ob diese Ausgaben aufgrund ordnungsgemäßer Beschlüsse der Vereinsorgane erfolgt sind.

§ 11 Datenschutzregelung

Mit dem Vereinsbeitritt nimmt der Verein folgende persönliche Daten des Mitglieds auf:

- Vollständigen Namen
- Titel, akademischer Grad
- Anschrift
- Telefon-, Telefaxnummer und E-Mail-Adresse,
- Geburtsdatum
- Bankverbindung
- Umfang des Immobilienbesitzes (bei gestaffelten Mitgliedsbeiträgen).

Diese persönlichen Informationen werden von dem Verein elektronisch gespeichert. Jedem Vereinsmitglied wird dabei eine Mitgliedsnummer zugeordnet. Der Verein trägt dafür Sorge, dass die personenbezogenen Daten des Mitglieds durch geeignete technische und organisatorische Maßnahmen vor der Kenntnisnahme Dritter geschützt werden. Ohne ausdrückliche Einwilligung des Mitglieds werden die personenbezogenen Daten nicht an Dritte weitergegeben. Beim Vereinsaustritt werden die personenbezogenen Daten, soweit sie nicht zur Erfüllung steuerlicher Pflichten des Vereins benötigt werden, gelöscht.

§ 12 Auflösung des Vereins

- (1) Der Verein kann durch Beschluss der Mitgliederversammlung aufgelöst werden. Der Auflösungsantrag kann vom Vereinsvorstand der Mitgliederversammlung unterbreitet werden. Der Antrag kann auch von mindestens der Hälfte der Mitglieder gestellt werden.
- (2) Vor der Beschlussfassung ist der in § 2 Abs. 3 bezeichnete Landesverband gutachtlich zu hören; sein Gutachten ist der beschließenden Versammlung vorzulegen.
- (3) Die Auflösung findet nur statt, wenn mindestens die Hälfte der Mitglieder anwesend ist und drei Viertel der Anwesenden die Zustimmung erteilt. Ist die Versammlung nicht beschlussfähig, so muss innerhalb von acht Wochen eine neue Mitgliederversammlung einberufen werden, die ohne Rücksicht auf die Zahl der Erschienenen mit Drei-Viertel-Mehrheit die Auflösung beschließen kann.
- (4) Im Falle der Auflösung findet eine Liquidation statt, die der zuletzt amtierende Vereinsvorsitzende als Liquidator durchzuführen hat. Über die Verteilung des nach Bestreitung der Verpflichtungen des Vereins vorhandenen Vermögens beschließt die Mitgliederversammlung, von der der Beschluss über die Auflösung gefasst ist.

§ 13 Gerichtsstand

Zuständig für alle Rechtsstreitigkeiten zwischen dem Verein und den Mitgliedern ist das zuständige Amtsgericht, bei dem der Verein im Amtsregister eingetragen ist.

Dingolfing, den 04.12.2014

**Haus-, Wohnungs- und Grundeigentümergeverein
Dingolfing und Umgebung e. V.**

Erläuterungen zu den

a) Leistungen des Vereins gemäß § 2 Abs. 2 der Satzung

1. Jedes Mitglied hat Anspruch auf kostenlose Beratung in allen Fragen des Eigentumsrechts, soweit diese Haus- und Grundbesitz betreffen.
Die Beratung umfasst alle Bereiche die sich auf die Rechte und Pflichten von Vermietern und Mietern beziehen.
Über den Ortsverband kann kostenfrei der Landesverband Bayerischer Haus- und Grundbesitzer e. V. bzw. der Zentralverband der Deutschen Haus-, Wohnungs- und Grundeigentümer e. V. für alle einschlägigen Rechtsfragen angerufen werden.
Diese Verbände sammeln Gesetze, Verordnungen und Gerichtsentscheidungen, werten diese aus und geben sie an den Ortsverband weiter. Damit soll die bestmögliche Mitgliederbetreuung gewährleistet sein.
2. Jedes Mitglied kann kostenlos bestehende Mietverträge überprüfen und neue erstellen lassen. Bei der Ausfertigung von neuen Mietverträgen werden Vertragsvordrucke zur Verfügung gestellt, die die jeweils neue Rechtslage berücksichtigen.
Die Formularekosten sind zu erstatten.
3. Für Schreiben an Behörden, Gerichte oder Einzelpersonen werden Gebühren erhoben, diese richten sich nach dem Rechtsanwaltsvergütungsgesetz (=RVG).
4. Ist oder wird ein Rechtsstreit an einem Gericht anhängig, hat jedes Mitglied freie Anwaltswahl. Bei der Wahl des Anwalts sind die Gebühren nach dem RVG zu entrichten.
5. Jedes Mitglied erhält monatlich kostenlos eine verbandseigene Zeitschrift. In dieser werden eigentumsrechtliche und mietrechtliche sowie auch steuerrechtliche Fragen erörtert.

b) Beiträge, die gemäß § 5 der Satzung zu entrichten sind:

Der Mitgliedsbeitrag beträgt derzeit pro Kalenderjahr:
30,00 € für Mitglieder mit einem Haus bzw. Grundstück
37,00 € für Mitglieder mit zwei Häusern bzw. Grundstücken
45,00 € für Mitglieder mit drei und mehr Häusern bzw. Grundstücken
40,00 € einmalige Aufnahmegebühr

Das Vereinsjahr läuft von Januar bis Dezember.

Für Beitritt während des Jahres wird keine Ermäßigung gewährt.

Die Kündigungsfrist beträgt drei Monate zum Jahresende und hat schriftlich zu erfolgen.